



VERFASSUNG

„Los von Berlin“ – Hauptstadt der Weimarer Republik

Der 20. Januar 1919 ist ein Montag gewesen, und dieser Montag war ein für die bisherige Residenzstadt der Großherzöge von Sachsen-Weimar-Eisenach folgenreicher „Tag danach“. Am Sonntag waren nämlich in Berlin und in ganz Deutschland Millionen Männer und erstmals auch Frauen an die Wahlurnen gegangen und hatten die verfassungsgebende Nationalversammlung gewählt. Am Wahlsonntag erst war das bisherige Hoftheater von Weimar in „Deutsches Nationaltheater“ umbenannt worden. Und das war nicht zufällig.

An diesem Montag schickte der neue Staatssekretär des Reichsamtes des Innern, Hugo Preuß, eine eilige Depesche an Martin Donndorf, den Oberbürgermeister von Weimar. In dem Telegramm stand zu lesen: „Reichsregierung hat beschlossen, die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung am 6. Februar 1919 in Weimar zusammentreten zu lassen.“ Damit wurde Weimar Mittelpunkt deutscher Politik, bevor das Parlament ab September 1919 in Berlin zusammenkam. Die Nationalversammlung war nicht nur ein verfassungsgebendes Parlament, sondern sie debattierte und entschied in diesen dramatischen Monaten auch die anstehenden tagesaktuellen Fragen der deutschen Politik, die in dieser Zeit meist von historischer Bedeutung waren.

Wohlgemerkt: Die Nachricht, dass die Nationalversammlung nicht in der Hauptstadt des Deutschen Reichs, also in Berlin, zusammentreten sollte, wurde erst nach dem Wahltag offiziell bekannt, nicht etwa zuvor. Gefallen war die Entscheidung zwischen Berlin und Weimar nämlich bereits sechs Tage eher, am Dienstag vor der Wahl, im Rat der Volksbeauftragten in Berlin. Noch vier Tage vor dem wichtigen Urnengang hatte beispielsweise das libe-

Ein Hoch auf die Republik: Der soeben von der Nationalversammlung vereidigte Reichspräsident Friedrich Ebert (1871–1925; Mitte) auf dem Balkon des Nationaltheaters Weimar am 21. August 1919

rale *Berliner Tageblatt* unter der Schlagzeile „Nationalversammlung in Berlin“ festgestellt, dass es der Reichsregierung „unbedingt geboten erscheint, keinen anderen Ort als Berlin zu wählen.“ Die angesehenere Zeitung berief sich dabei auf niemand Geringeren als Curt Baake, einen der engsten Vertrauten des Reichskanzlers und späteren Reichspräsidenten Friedrich Ebert.

Dass es doch Weimar sein sollte, sickerte erst am Wahlsonntag durch, und das stand dann am Montag in den Zeitungen. Im Berliner Rathaus, demselben Gebäude wie heute, herrschte Entsetzen. Oberbürgermeister Adolf Wermuth sah den Anfang vom Ende Berlins kommen. Er erklärte: „Wenn einmal die konstituierende Versammlung

in einem kleinen Orte Thüringens sitzt, so werden sich dort fortgesetzt Bestrebungen geltend machen, welche Berlin als Reichshauptstadt ganz ausschalten möchten.“ Und dann, so Wermuth, sei Berlin „dem allmählichen Verfall bestimmt“.

Die Stadtverordnetenversammlung protestierte einstimmig. Die preußische Landesregierung war ebenfalls gegen Weimar. Die Berliner Presse genauso, vermutlich nicht zuletzt deswegen, weil sie als Hauptstadtpresse um ihre Bedeutung fürchtete. Im *Berliner Tageblatt* schrieb dessen prominenter Chefredakteur Theodor Wolff: „Jeder muss darum wünschen, dass Berlin die Schande einer Verlegung der Nationalversammlung erspart bleibt.“ Der deutschnationale *Berliner Lokal-Anzeiger* sprach von „Berlins Demütigung“.

Einige Tage nach der offiziellen Verordnung der Einberufung nach Weimar wandte sich Reichskanzler Ebert an Berlins Oberbürgermeister Wermuth und unterstrich, dass nicht die Januar-Unruhen und die Sicherheitslage in der Hauptstadt ausschlaggebend gewesen seien: „Es muss aber mit der Tatsache des

Die Verlegung der Nationalversammlung ist eine Schande.

Vorhandenseins der Antipathie gegen Preußen und Berlin besonders in Süddeutschland gerechnet werden.“ Der im Süden, nämlich in Heidelberg, geborene Ebert stellt zugleich klar, „dass auch für die Zukunft [...] nur Berlin als Reichshauptstadt in Frage kommen kann.“

Die Entscheidung gegen Berlin und für Weimar ist also eng verbunden mit dem Bemühen Eberts und seiner Reichsregierung des Übergangs, die Einheit des Reiches zu wahren. Die Abkehr von Berlin konnte, schreibt der Historiker Heiko Holste in seiner 2018 veröffentlichten Doktorarbeit, als symbolische Abkehr von all dem gedeutet werden, wofür die Hauptstadt stand. Kaisertum oder Militarismus, preußischer Vormachtanspruch und Zentralismus, Liberalität und Modernität der Metropole, und schließlich Revolution und spartakistische Barrikadenkämpfe. Jeder konnte nach seiner politischen und kulturellen Position in der Entscheidung gegen Berlin das sehen, wogegen er gerade eingestellt war. Das ist gewissermaßen die integrative Wirkung eines Feindbildes, oder, wie es Holste formuliert: „Das bescherte der Entscheidung viel Zuspruch, allein die Berliner waren parteiübergreifend verärgert.“

Es ist reizvoll, gedanklich eine Reise durch das Deutsche Reich zu machen, Holstes Recherchen weiter zu folgen und die über-



Der Reichstag in Berlin: Der 16 Meter breite Schriftzug „Dem deutschen Volke“ wurde erst 1916 im Weltkrieg angebracht und ist aus eingeschmolzenen Kanonen der Befreiungskriege gefertigt.

raschende Anzahl und Vielfalt der Kandidatenstädte, die mit Weimar und Berlin konkurriert hatten, jeweils versehen mit einigen geografischen, kulturhistorischen und politischen Erläuterungen, durchzugehen:

Keine 48 Stunden, nachdem in Berlin erstmals von einer Nationalversammlung gesprochen worden war, schickte der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main seine Interessenbekundung für die Versammlung los. Für Frankfurt sprach, dass hier die erste deutsche Nationalversammlung getagt hatte. Das Parlament von 1848 hatte die bis heute prominente Paulskirche als Ort für seine Sitzungen gewählt. Schon im Jahre 1147, da gab es Berlin noch gar nicht, war ein deutsch-römischer Kaiser in Frankfurt gekürt worden. 1815 war die Stadt, durch deren Gebiet sich die den deutschen Norden vom Süden trennende Mainlinie zog, Sitz des Bundestags des Deutschen Bundes geworden. Der potenzielle Tagungsort, die bewährte nationale Integrationskraft und die demokratische Tradition waren die Kernelemente der umfangreichen

Das Hoftheater in Weimar mit dem Goethe-Schiller-Denkmal wurde am 19. Januar 1919, dem Wahlsonntag, in „Deutsches Nationaltheater“ umbenannt.



Bewerbung, die Bürgermeister Georg Voigt im Dezember 1918 nach Berlin schickte.

Gute Verkehrsverbindungen, zentrale Lage, ideal an der Nord-Süd-Achse des Reichs gelegen – das waren Argumente, die ganz ähnlich wie die Mainmetropole im inoffiziellen Wettbewerb um die Nationalversammlung auch Kassel in die Waagschale warf.

Die Residenzstadt mit Industrie hatte vor allem eine überaus friedliche Revolution erlebt. Das war angesichts der Gewalt in Berlin durchaus ein wichtiges Argument. Freilich war die mit einem ansehnlich antikisierenden

Portikus ausgestattete Stadthalle, Baujahr 1914, nicht wirklich

ein hochrepräsentativer Tagungsort, zumal oberhalb im Schloss Wilhelmshöhe gerade die aus Spa in Belgien gekommene Oberste Heeresleitung unter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg eingezogen war.

Um zurück zu Berlin zu kommen: Treibende Kraft hinter den Kasseler Ambitionen war ein gebürtiger Berliner. Als Vorsitzender des lokalen Arbeiter- und Soldatenrats hatte der Sozialdemokrat Albert Grzesinski für den feierlichen Empfang der Obersten Heeresleitung und namentlich Hindenburgs gesorgt. Aber all das half nicht, mit der „Kasseler Republik“ wurde es nichts. Grzesinski allerdings spielte später in Berlin eine wichtige Rolle. Er stieg 1925/26 zum Polizeipräsidenten der Hauptstadt auf, sorgte sich um die Demokratisierung der hauptstädtischen Polizisten, setzte rasch seine Karriere fort und wurde preußischer Innenminister. Bleibend an seinem polizeilichen Wirken ist eine Maxime aus einem Text von 1926, in dem er der Polizei die Rolle zuwies, „Freund, Helfer und Kamerad der Bevölkerung“ zu sein. Grzesinski ist damit der Mitvater des Slogans vom Freund und Helfer Polizei.

**Auch mit einer
„Kasseler Republik“
wurde es nichts.**

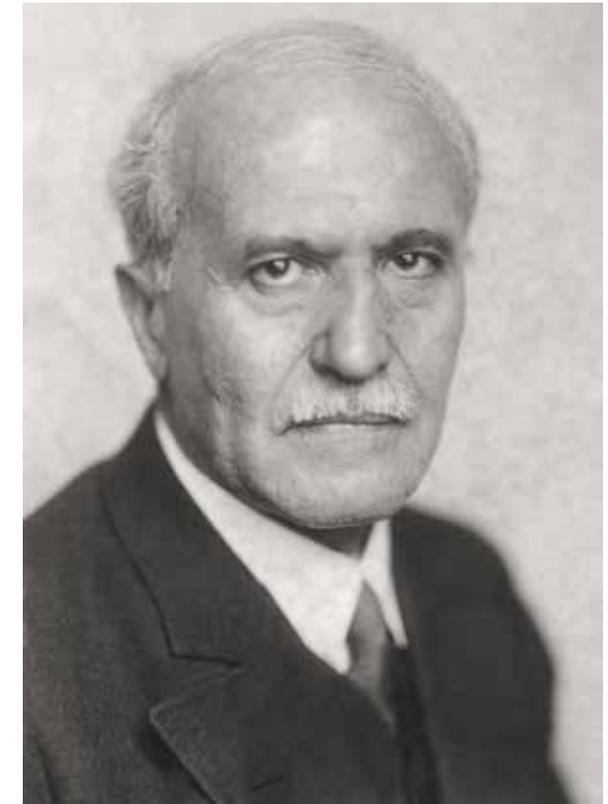
Treibende Kraft in einer weiteren, ebenfalls verkehrsgünstig im Herzen des Reiches gelegenen Stadt war ein Mitglied der liberalen Fortschrittspartei und Direktor der Thuringia-Versicherung. Otto Rollert empfahl als einer der Honoratioren der Stadt die Erfurter Predigerkirche samt benachbartem Kloster sowie das Hotel „Europäischer Hof“ als Tagungsstätte der Nationalversammlung. In Erfurt hatte nach dem Scheitern des Paulskirchen-Parlaments der preußische König Friedrich Wilhelm IV. den Versuch einer Reichseinigung zu seinen Bedingungen in Gestalt des Projekts einer „Erfurter Union“ unternommen und zu diesem Zweck ein ihm genehmes Parlament einberufen, das in der mit dem Mönch Martin Luther eng verbundenen Augustinerkirche tagte. Das tat es fünf Wochen lang und scheiterte, war es doch letzten Endes nichts weiter gewesen als ein Instrument der Niederschlagung der Bestrebungen des Paulskirchen-Parlaments durch die Fürsten mit den Preußen an der Spitze. Ebenso scheiterte 1919 Rollerts Vorhaben einer „Erfurter Republik“.

Die Bemühungen Eisenachs, gleichfalls gut angebunden im Zentrum des Reiches gelegen, unterlagen einer doppelten Konkurrenz. Das industriell ausgerichtete Eisenach war nach Weimar die zweite Hauptstadt des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach. Der späterhin aus der DDR bekannte „Wartburg“ konnte sich auf die Tradition des dort seit 1896 gebauten Wartburg-Motorwagens berufen. Die Stadt wies zudem auf ihre demokratische Tradition hin: 1817 hatten 500 Studenten beim Wartburgfest gegen Fürstentyrannie und Kleinstaaterei demonstriert. Schließlich war dort 1869 mit der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Beisein von August Bebel und Wilhelm Liebknecht die Vorläuferin der SPD entstanden. Es ist vor allem der einzigartige Tagungsort gewesen, den Oberbürgermeister Hans Schmieder bieten konnte: die Wartburg. Dorthin war Martin Luther 1521 geflohen und hatte an seiner Bibelübersetzung gearbeitet. Doch auch nach Eisenach wurde die deutsche Republik nicht benannt.

Der katholischen Zentrumspartei, die in Bayern Bayerische Volkspartei hieß, entstammte der mit den Stimmen der örtlichen

SPD gewählte Würzburger Erste Bürgermeister Andreas Grieser. Als Tagungsort des Parlaments empfahl er die Räume in der zu diesem Zeitpunkt allerdings gar nicht im Eigentum der Stadt befindlichen Fürstbischöflichen Residenz und unterstrich, die am Main gelegene fränkische Hauptstadt sei besonders geeignet zur Vermittlung zwischen Nord und Süd. Sofort fand der Vorschlag Würzburg Unterstützung bei einem gebürtigen Berliner: Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner sorgte dafür, dass Würzburg der Favorit der Länder Bayern, Baden, Württemberg und Hessen wurde. Aber auch Würzburg wurde es nicht. Dafür machte Bürgermeister Grieser sich bald auf nach Berlin, wechselte ins Reichsarbeitsministerium und wurde als Staatssekretär zum „Nestor der deutschen Sozialversicherung“. Der Sozialpolitiker Grieser war maßgeblich an der Schaffung der Gesetze zur Regelung der Sozial- und Krankenversicherung der Bergleute, also der Knappschaftsversicherung, der Versicherung für Seeleute und der Regelung der Sozialrenten für saarländische Arbeitnehmer beteiligt und baute so den Sozialstaat mit auf.

Eher beiläufig erfolgte die Bewerbung Nürnbergs, die seitens des Bürgermeisters Otto Geßler nicht sehr engagiert verfolgt wurde. Das Stadttheater wurde als Tagungsstätte angeboten, der Rest werde sich gegebenenfalls finden. Politische Gründe wurden gar nicht erst genannt, aber es fehlte nicht der Hinweis auf eine benachbarte Bewerbung einer kleineren Stadt.



Würzburgs Erster Bürgermeister Andreas Grieser (1868–1955) wollte die Nationalversammlung in seine Stadt holen und wurde von Bayerns Ministerpräsident, dem Berliner Kurt Eisner (1867–1919) unterstützt.

Akribisch geplant und akademisch gründlich bereitete der der Bayerischen Volkspartei nahestehende Bamberger Bürgermeister Adolf Wächter die Bewerbung vor. Scurril mag das Ansinnen erscheinen, nicht nur die Nationalversammlung zu beherbergen, sondern auch gleich noch neue deutsche Hauptstadt zu werden. Als Beispiele bezogen sich die Bamberger auf Den Haag und Washington. Sie boten für ein neu zu erbauendes Regierungsviertel kostenlos, wie sie betonten, ein 50 000 Quadratmeter großes baureifes Gelände an. Die Bewerbung war eine Mischung aus reaktionärem Provinzlerium, naivem Lokalpatriotismus, bayerisch-katholischer Antipathie gegen Berlin und Ablehnung der Revolution, so Holste.

Curt Baake (1864–1940; rechts), der die Nationalversammlung nach Weimar brachte, mit dem ehemaligen Diplomaten und DDP-Politiker Johann Heinrich Graf von Bernstorff (1862–1939) um 1919 in Berlin



Sieben Städte hatten sich also neben Weimar und Berlin ins Gespräch gebracht. Berlin war sozusagen die geborene Bewerberin, die sich ebenso wenig von sich aus beworben hat wie Weimar. Am Ende fiel trotzdem die Entscheidung auf Weimar, und dafür war ein Mann verantwortlich, der bereits erwähnt worden ist: Curt Baake, eine wichtige Figur des Berliner Kulturlebens. Baake war Unterstaatssekretär, und in diesem Rang amtierte er seit dem 12. November 1918 für gut fünf Monate als Chef der Reichskanzlei des Reichskanzlers Friedrich Ebert, also in der Schaltzentrale der Reichsregierung. Der gebürtige Breslauer saß angeblich entweder im Theater oder beim Journalistenstammtisch im Café Josty am Potsdamer Platz. Als langjähriger Kulturredakteur der SPD-Zeitung *Vorwärts* war er von seinem Herkunft das, was heute als Kulturmanager bezeichnet wird, zumal er als Stadtverordneter in Berlin auch politisch aktiv war. Er war ein Freund von Gerhart Hauptmann und Käthe Kollwitz, übersetzte Émile Zola und stand nach seinem politischen Intermezzo bis 1933 an der Spitze des deutschen Volksbühnenverbands. Außerdem war Baake seit 1927 erster Vorsitzender des Arbeiter-Radio-Bundes und Mitglied des Kulturbeirats der *Deutschen Welle*.

Baake war der Mann, von dem nach den Recherchen von Heiko Holste die Idee stammte, die Nationalversammlung im Weimarer Theater tagen zu lassen. Kultur spielte für Baake als Argument für Weimar sehr wohl eine Rolle, als er im Rat der Volksbeauftragten zur internationalen Wahrnehmung der Stadt erklärte: „Die Konstituante in Weimar sagt aller Welt, dass die Festigung des Deutschen Reiches im Sinne des weimarisches Geistes erfolgen wird.“

Curt Baake: eine wichtige Figur des Berliner Kulturlebens

Zusammenfassend zur Entscheidung über den Tagungsort der Nationalversammlung trifft Heiko Holste eine Feststellung, die in der Spiegelung ein Bild der Kulturmetropole Berlin zu Beginn der 1920er-Jahre wiedergibt: „Weimar und Berlin, schärfer noch: Weimar und Potsdam, waren bis Kriegsende ein vertrautes Begriffspaar. Diese Städte symbolisierten Geist und Macht, Goethe und Bismarck, Humanismus und Militarismus. Meistens wurden sie als Gegensatz verstanden: Dem Musenhain an der Ilm stand dann der Kasernenhof im märkischen Sand gegenüber, dem intelligenten Parlieren der preußische Schnauzton, dem klugen Weltbürgertum der dumpfe Hurratriotismus.“

Wichtig war Baake, und gerade deshalb war er dafür, die Verfassung in Weimar erarbeiten zu lassen, der Zusammenhalt des Reichs. Gerade die Fertigstellung der Verfassung sollte aus seiner Sicht der Schlusspunkt der revolutionären Phase werden. Der

Föderalismus und die mit ihm verbundenen Kräfte des Auseinanderstrebens stehen durchaus in Wechselbeziehung zur Geografie: „Die Nationalversammlung tagte außerhalb Preußens, aber auch außerhalb Bayerns auf halber

Strecke zwischen Berlin und München.“ Hier stehen die vom Berliner Kurt Eisner in München angeführten Bestrebungen südlich gelegener deutscher Länder für Würzburg im Hintergrund, die durch die „Los von Berlin“-Tendenzen motiviert sind.

Hugo Preuß dagegen, der geistige Vater der Weimarer Reichsverfassung, lehnte Weimar ab. Er verwies auf die Bestrebungen zur Gründung einer Republik Rheinland-Westfalen, denen auch der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer nicht fern stand, und auf die sich in Süddeutschland breit machende „Los von Berlin“-

Bewegung. Diese Tendenzen, so Preuß, könnten nur bezwungen werden, wenn die Reichsregierung „durch ihre Machtmittel gewährleisten kann, dass die Nationalversammlung in Berlin völlig ungehindert und frei von Druck ihr feindlicher Gruppen ihren großen Aufgaben obliegen kann.“

Hugo Preuß war gebürtiger Berliner, und er war Jude. Dieser Umstand war in seinen Anfangsjahren im wilhelminischen Deutschland ein schwerwiegendes Hemmnis. Preuß hatte u. a. an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin die Rechte studiert. 1889 habilitierte er sich dort als Staatsrechtler und arbeitete, da er ungetauft dort nicht Professor werden durfte, als Privatdozent für öffentliches Recht. Erst 1906 erhielt er seine erste Professur, allerdings an der neu gegründeten Handelshochschule Berlin; im Revolutionsjahr 1918 wurde er deren Rektor.

Wie Baake war er im Kaiserreich Berliner Stadtverordneter, gehörte zum linken Flügel der Fortschrittspartei und wurde dann Mitglied der linksliberalen DDP. Am 15. November 1918 wurde Preuß zum Staatssekretär im Reichsamt des Innern berufen und mit dem Entwurf einer Reichsverfassung beauftragt. Die von ihm am 3. Februar 1919 vorgelegte Verfassung wurde nicht in jeder Einzelheit umgesetzt. Kritik kam vor allem von konservativer Seite, für die der Entwurf zu sehr der Paulskirchen-Verfassung ähnelte. Dabei fürchteten die Kritiker insbesondere eine Zentralisierung infolge der Neuaufteilung der bisher von Preußen dominierten föderalistischen Struktur.

Von Hugo Preuß stammt auch der Begriff „Obrigkeitsstaat“, dessen Verkörperung der Schuster Friedrich Wilhelm Voigt ist, dem Carl Zuckmayer in seinem 1931 erschienenen Stück *Der Hauptmann von Köpenick* zu literarischer Unvergessenheit verholpen hat. Simplifiziert lassen sich die Weimarer Reichsverfassung und die Intentionen von Preuß dahingehend charakterisieren, dass er das demokratische Gegenteil jeder Form eines „Obrigkeitsstaats“ schaffen wollte, auch einer „Obrigkeit“ in Gestalt revolutionärer Arbeiter- und Soldaten-Räte nach Sowjetmuster. So lautete auch die Überschrift seines maßgeblichen Artikels im *Berliner Ta-*

„MUSENHAIN AN DER ILM“ VERSUS „KASERNENHOF IM MÄRKISCHEN SAND“

geblatt schon vom 14. November 1918: „Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat?“

Negativer Inbegriff dessen, was sich mit der Vorstellung eines Obrigkeitsstaats verbindet, ist bis heute oft der Begriff Preußen. Und zu Preußen gehörte auch das Groß-Berlin der 1920er-Jahre. Gegliedert war der 1919 ausgerufene Freistaat Preußen zwischen 1922 und 1938 in 12 Provinzen. Die Ebene darunter bildeten die Regierungsbezirke. Die Stadt Berlin und ab 1920 Groß-Berlin waren weder das eine noch das andere, sondern die deutsche und preußische Doppel-Hauptstadt ist als quasi-Provinz, die es eben formal nicht war, den zwölf preußischen Provinzen als faktisch dreizehnte hinzuzurechnen. Die Verwaltungsinstitutionen waren die Stadtverordnetenversammlung, der Oberbürgermeister und als Stadtregierung das Kollegium des Magistrats. Auch insofern hatte Berlin in seiner „Verfasstheit“ einen Sonderstatus im preußischen Staatsverbund. Dieses Groß-Berlin seinerseits zerfiel verwaltungsmäßig in 20 Bezirke, von denen einige nach 1920 jedoch erst aufgebaut und mit Personal und Verwaltungsinfrastruktur ausgestattet werden mussten.

Die Berliner Stadtpolitik war, wie sich anhand dieser knappen Schilderung der in ihrer Komplexität nur angedeuteten Gliederung der Institutionen nachvollziehen lässt, in hohem Maß abhängig von den Entscheidungen und Vorgaben auf den ihr übergeordneten Ebenen, namentlich der Reichspolitik, wie sie die Reichsregierung betrieb, und der Landespolitik, wie sie der Freistaat Preußen machte. Zu vermerken ist allerdings, dass die Stadtpolitik wohl doch eine gute Schule gewesen ist, waren doch zwei entscheidende Männer in den Tagen des Umbruchs ehemalige Berliner Stadtverordnete, nämlich Curt Baake und Hugo Preuß.

In vielen Angelegenheiten hatte auch das neugebildete Groß-Berlin kaum Kompetenzen. Die Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung war es, die das Groß-Berlin-Gesetz verabschiedete. So setzte auch der preußische Innenminister den Berliner Polizeipräsidenten ein. So kam es dann Mitte der 1920er-Jahre, dass im Beispielsfalle der wirtschaftlich ins Trudeln geratenen

AGA-Automobilwerke in Berlin-Lichtenberg neben der Reichsregierung vor allem der preußische Ministerpräsident Otto Braun von der SPD gefragt war, das Unternehmen zu sanieren und die Arbeitsplätze zu retten – er war nicht erfolgreich.

Der Freistaat Preußen war gemäß seiner auch in Berlin geltenden Verfassung von 1920 eine demokratische Republik, und er erwies sich als Stabilitätsanker der Weimarer Demokratie. Die Schlüsselrolle nicht nur in der die Weimarer Republik, sondern auch in der den Freistaat Preußen tragenden Weimarer Koalition aus SPD, DDP und Zentrumspartei hatte die katholische Partei inne. 1919 konnte sie in Preußen bei der Wahl zur verfassungsgebenden Landesversammlung aufgrund der bevölkerungsreichen katholischen Rheinprovinz im Unterschied zu den Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung nach der SPD sogar zweitstärkste Partei werden.

Zentrale Persönlichkeit der Zentrumspartei jedenfalls zum Anfang der Republik war auf Reichsebene einer der ersten in der Reichshauptstadt Berlin aktiven deutschen Berufspolitiker jenseits der Sozialdemokratie, nämlich der Wahl-Berliner Matthias Erzberger. Er steht zugleich als Opfer eines politischen Mordes für ein charakteristisches Element der politischen Kultur der Weimarer Republik und damit des politischen Geschehens in der Hauptstadt dieser Republik – nämlich für die Gewalt.

Der jüdische Staatsrechtsgelehrte Hugo Preuß (1860–1925) war Mitbegründer der liberalen DDP und formulierte den ersten Entwurf der Reichsverfassung.

